

„Wer sich zur Welt öffnet, muss mit verschiedenen Religionen leben“

Der türkische Präsident Abdullah Gül über Mesut Özils Tor für Deutschland, Islamophobie in Westeuropa und die Modernisierung seines Landes

SZ: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Das ist ein Satz von Bundespräsident Christian Wulff, den Sie, Herr Präsident, am Montag hier in Ankara erwarten. Wulff wurde für diesen Satz vielfach kritisiert. In Deutschland, wo 2,6 Millionen Menschen türkischen Ursprungs leben, führen wir plötzlich eine heftige Debatte über die Rolle des Islam in der Gesellschaft. Erstaunt Sie das?

Abdullah Gül: Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Bundespräsident Wulff auf einer seiner ersten Auslandsreisen in die Türkei kommt. Mir hat seine Rede zu 20 Jahren deutsche Einheit sehr gefallen, aber ich denke, seine Worte wurden in Deutschland missverstanden. Christian Wulff hat doch nur die Tatsache benannt, dass es deutsche Bürger gibt, die Muslime sind, ebenso wie türkische Muslime in Deutschland. Es ist für mich schwierig zu verstehen, wie diese Aussage Kritik auslösen kann. In keinem großen oder bedeutenden Staat der Welt gibt es nur mehr einen einzigen Glauben oder eine einzige Kultur. In einem kleinen Land geht das vielleicht, aber wer sich zur Welt öffnet, muss mit verschiedenen Kulturen und Religionen leben. Man kann nur fragen, ob die Bürger mit einer anderen Religion und Kultur loyal zu dem Land sind, in dem sie leben. Dafür bot das Fußballspiel Deutschland gegen die Türkei jüngst ein gutes Beispiel. Mesut Özil schoss ein Tor fürs deutsche Team!

SZ: Aber er wurde dafür von Türken im Stadion kräftig ausgebuht.

Gül: Das hätten sie nicht tun sollen. Und wenn Mesut Özil mich gefragt hätte, für wen er spielen soll, hätte ich ihn ermutigt, im deutschen Team zu spielen. Ich unterstütze ihn uneingeschränkt. Was er tut, ist ein sehr gelungenes Beispiel für Integration, und es ist ein Beitrag zur deutsch-türkischen Freundschaft.

SZ: Nächstes Jahr wird es genau 50 Jahre her sein, dass Deutschland die ersten türkischen Gastarbeiter ins Land holte, und immer noch reden wir über Integration. Haben Sie einen Rat für die Türken in Deutschland? Wie sollten sie ihre Zukunft planen?

Gül: Am Anfang dachten ja alle, das wäre vorübergehend. Nun sind etwa die Hälfte schon deutsche Staatsbürger, und es gibt gute Beispiele für Integration in Politik, Kultur, Sport und Wirtschaft. Aber zur Wirklichkeit gehört auch, dass einige immer noch leben wie in den Tagen, als sie die Türkei verließen. Dabei haben sich heute sogar die Dörfer, die Provinzen, aus denen sie einst kamen, sehr geändert. Diese Menschen stammen aus Anatolien und haben nie in einer Stadt gelebt, bevor sie München, Frankfurt oder Hamburg sahen. Es war ein Schock

„Die Türken in Deutschland sollen Deutsch lernen, und zwar ohne Akzent.“

für sie. Wir sollten deshalb nicht unfair zu ihnen sein, denn in all den Jahren stand ihnen weder die türkische noch die deutsche Seite mit der nötigen Hilfe zur Seite. So haben sie sich ihre eigenen Führer gesucht, und unsere beiden Länder haben nun die Probleme damit.

SZ: Und was sollte man nun tun?

Gül: Ich bin sicher, vieles wird sich in naher Zukunft ändern, denn eines der wichtigsten fehlenden Mittel war die Sprache. Wenn man die Sprache des Landes, in dem man lebt, nicht spricht, nutzt das niemandem: nicht dem Einzelnen, nicht dem Land, nicht der Gesellschaft. Deshalb sage ich bei jeder Gelegenheit, sie sollen Deutsch lernen, und zwar fließend und ohne Akzent. Das muss im Kindergarten beginnen, dafür müssen aber auch die Gelegenheiten geschaffen werden. Das habe ich auch Frau Merkel gesagt.

SZ: In mehreren EU-Ländern machen rechte Parteien Stimmung gegen muslimische Mitbürger und gewinnen damit bei Wahlen Stimmen. Beunruhigt Sie das?

Gül: Die Mehrheit der Menschen lebt friedlich zusammen. Aber es stimmt, es werden Stimmungen gemacht. Das ist wie eine Krankheit, die von Zeit zu Zeit ausbricht, und zwar unabhängig von Bildung oder Wohlstand in einer Gesellschaft. Diese Krankheit kann in der Form von Antisemitismus, Islamophobie oder Rassismus auftreten. Die Politiker und die Intellektuellen eines Landes sollten in solchen Fällen etwas dagegen tun.

SZ: Was heißt das für den Wunsch der Türkei, Mitglied der EU zu werden?

Gül: Die EU mit einer halben Milliarde Menschen sollte sich nicht vor einem Land mit 60 bis 70 Millionen Bürgern fürchten. Wenn wir gemeinsame demokratische Werte haben, dann sollte der Rest als Vielfalt akzeptiert werden.

SZ: Die EU-Gespräche mit der Türkei stocken aber derzeit.

Gül: Ja, der Prozess müsste wieder beschleunigt werden. Bei manchen Dingen liegt die Schuld bei uns, bei anderen bei der EU. Positiv auf unserer Seite war jüngst das erfolgreiche Referendum zur Verfassungsreform. Die Reform enthält viele Punkte, die die EU immer gefordert hat. Der wichtigste Grund für die Verlangsamung des EU-Prozesses ist ein Mangel an Visionen, an strategischem Denken bei europäischen Politikern und Intellektuellen. Sie sollten 25, 50 oder 100 Jahre in die Zukunft denken. Dann würden sie sehen, dass die Türkei die EU nur stärken kann. Ich könnte vieles aufzählen, von der Energieversorgung bis zur Sicherheit. Wenn man aber nur ans Tagesgeschäft denkt, dann kommt der Prozess ins Stocken.



„Einige Türken in Deutschland leben immer noch wie in den Tagen, als sie die Türkei verließen“, kritisiert Staatspräsident Abdullah Gül.

Fotos (2): Sedat Mehder

SZ: Die Türkei hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt, politisch wie ökonomisch – braucht sie die EU überhaupt noch?

Gül: Ja, wir haben ein strategisches Ziel. Wir wollen unser Land transformieren und weiter demokratisieren. Wichtig ist, sich daran zu erinnern, dass die Türkei nicht automatisch Mitglied werden wird. Wir können nur beitragen, wenn wir das Niveau der EU-Staaten erreicht haben. Außerdem wird es noch in einigen Ländern Referenden geben. Am Ende dieses Prozesses könnte aber auch das türkische Volk nein sagen wie einst Norwegen. Dann gibt es keine Vollmitgliedschaft. Auch deshalb ist es nicht gut, den Prozess zu verlangsamen.

SZ: Die Außenpolitik der Türkei verändert sich. Ihr Land hat nun gute Beziehungen zu einstigen Feindstaaten wie Griechenland, aber auch zu Syrien, ja zu ganzen arabischen Welt. Einige sprechen schon von neo-osmanischer Politik. Wohin bewegt sich die Türkei – nach Osten?

Gül: Da kann ich mich nur wiederholen: Unser strategisches Ziel ist die EU. Man sollte mehr darauf achten, welchen Werten sich unser Land verschreibt als darauf, mit welchen Staaten wir unsere Beziehungen verbessern. Wir möchten natürlich den größtmöglichen Nutzen aus unserer geopolitischen Lage ziehen. Auch die Historie spielt dabei eine Rolle. Das Gleiche macht doch Großbritannien mit Blick auf die Commonwealth-Länder.

SZ: Die Türkei will auch gute Beziehungen zu Iran, trotz der UN-Sanktionen. In türkischen Medien wurde eine Umfrage zitiert, wonach die Mehrheit der Türken nichts dagegen hätte, wenn Iran Nuklearwaffen bekäme. Was ist mit der Regierung? Fürchten Sie nicht einen nuklear bewaffneten Iran?

Gül: Das stimmt gewiss nicht, was Sie da sagen. Die Türken würden niemals wollen, dass ein Nachbarland oder ein Land unserer Region über Atomwaffen verfügt. Es wäre für uns eine direkte Bedrohung. Das heißt nicht, dass ich nun sage, Iran produziert Nuklearwaffen. Ich glaube, der Streit muss durch diplomatische Mittel gelöst werden. Wenn es keine diplomatische Lösung gibt, kann es Krieg geben.



„Unser strategisches Ziel ist die EU“. Als Außenminister hat Abdullah Gül die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union vor fünf Jahren eröffnet.

Und wir wollen keinen Krieg in einem Nachbarland erleben. Wir haben mit unserem Nachbarn Irak erfahren, welche Auswirkungen das für uns hat, für unsere Sicherheit, unsere Wirtschaft, die Migration. Deshalb sollten die türkischen Initiativen für Frieden und Diplomatie richtig interpretiert werden.

SZ: Die Türkei hat zuletzt die Rolle des Vermittlers im Nahen Osten gespielt, zwischen Syrien und Israel zum Beispiel. Derzeit sind die Beziehungen zu Israel so schlecht wie nie, keine Seite bewegt sich. Wie soll das weitergehen?

Gül: Das hängt allein von Israel ab. Wenn die Freundschaft zur Türkei einen Wert für Israel hat, dann wird Israel wissen, was zu tun ist.

SZ: Heißt das, es gibt keine Wiederannäherung, solange sich Israel nicht für die neun Toten auf dem Schiff Mavi Marmara entschuldigt und solange es keine Kompensation zahlt, wie zuletzt von Ihnen vor der UN-Generalversammlung gefordert?

Gül: Israel hat einen zivilen Hilfskonvoi in internationalen Gewässern an-

„Israel hat einen zivilen Hilfskonvoi angegriffen. Das kann nicht vergessen werden.“

gegriffen. Dies kann nicht einfach vergessen werden. Internationales Recht bindet jedes Land, das UN-Mitglied ist.

SZ: Die historische Annäherung an Armenien, die Sie mit dem Besuch eines Fußballspiels in Eriwan eingeleitet hatten, kommt im Moment auch nicht voran. Warten Sie auf das nächste Fußballspiel?

Gül: Wenn das helfen würde, dann würde ich wieder ein Spiel besuchen. Ich habe da genug Selbstvertrauen. Aber komplizierte Prozesse können nicht in einem Augenblick gelöst werden.

SZ: Haben Sie den Widerstand der nationalistischen Kräfte in der Türkei gegen die vereinbarte Öffnung der Grenze zu Armenien unterschätzt?

Gül: Hier geht es nicht nur um die Türkei, es geht um den gesamten Kaukasus.

Wir brauchen hier Stabilität. Doch wir setzen unsere Arbeit fort, im Stillen, aber mit Entschlossenheit.

SZ: Hoffnung gibt es nun wieder einmal auf ein Ende des Kurden-Konflikts. Schon ist von einmaligen Chancen die Rede. Viele Kurden sind aber mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden.

Gül: Es gibt Bereiche, wo wir unsere demokratischen Standards noch verbessern müssen, das gilt nicht nur für dieses Thema. Die Regierung ist entschlossen, dies zu tun, und die Gesellschaft unterstützt sie. Auf der anderen Seite gibt es das Terrorproblem. Gegen die, welche Terror ausüben, werden wir die härtesten Maßnahmen ergreifen.

SZ: Warum sollen Kinder in der Türkei nicht auch Kurdisch in der Schule lernen dürfen, so wie türkische Kinder in Deutschland ihre Muttersprache pflegen?

Gül: Jede Sprache kann gelehrt werden, die Frage ist nur, wie und in welchem Rahmen das getan wird. Das kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Wichtig ist, ein entsprechendes Bedürfnis zu befriedigen. Verschiedene Sprachen sind auch Teil unseres kulturellen Erbes.

SZ: Auch die Türkei streitet über die Rolle des Islam in der Gesellschaft. Warum hat es die regierende AKP auch nach acht Jahren an der Macht nicht geschafft, Ängste vor einer schleichenden Islamisierung zu beseitigen?

Gül: Da gibt es einige Missverständnisse. Wenn wir über Grundrechte reden wie Meinungs- oder Religionsfreiheit, dann können wir doch letztere nicht ausnehmen. Gäbe es die Tendenz, diese Rechte zu beschneiden, dann sollte das Besorgnis erregen. Wir wollen im Gegenteil mehr Freiheiten.

SZ: Sie haben die Meinungsfreiheit erwähnt, aber es gibt immer noch den berüchtigten Artikel 301 im Strafgesetzbuch, der lange die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellte. Und es gibt Druck auf Journalisten. Zuletzt leitete die Justiz gegen die Zeitung Taraf 44 Verfahren an einem einzigen Tag ein.

Gül: Den Artikel 301 haben wir geändert. Aber gerade in den letzten Tagen ha-

ben wir gesehen, dass wieder Journalisten angeklagt werden. Das gefällt mir nicht, und das habe ich auch deutlich gemacht. Aber auch was dieses Thema betrifft, ist die Situation in der Türkei heute längst nicht mehr so schlimm wie in der Vergangenheit.

SZ: Etwas hat es in der Vergangenheit noch gar nicht gegeben, das Internet. Ihr Land hat ein seltsames Internetgesetz. Was die Zahl der blockierten Webseiten betrifft, steht die Türkei in einer Reihe mit China und Nordkorea. Sie als Präsident nutzen selbst Twitter, die Türken lieben Facebook – und können nicht auf die YouTube-Seite zugreifen. Warum?

Gül (lacht): Ich hätte mir gewünscht, dass Sie diese Frage nicht stellen. Mir gefällt die Situation auch nicht. Aber hier geht es an erster Stelle nicht um die Meinungsfreiheit, sondern um Steuerfragen. Ich habe schon gefordert, die Dinge nach dem Vorbild anderer Länder zu regeln. Es werden wohl Gesetzesänderungen nötig sein.

SZ: Aber es geht nicht allein um Steuerfragen. Viele Webseiten wurden von den Gerichten wegen Beleidigung von Privatpersonen oder von Atatürk gesperrt.

Gül: Die Sache mit den Steuern betrifft YouTube, und das ist das Wichtigste im Moment. Meine Anweisung, die Dinge zu prüfen, bezieht sich aber auf das gesamte Problem. Ich möchte, dass sich hier etwas ändert. Gleich nach den englischsprachigen Ländern ist die Türkei schließlich das Land, in dem das Internet am meisten genutzt wird. Wir sollten hier kein schlechtes Bild abgeben.

SZ: Die Türkei diskutiert intensiver als je zuvor über die Rolle ihres Militärs. Ihre Wahl zum Präsidenten wollten einige Generale verhindern. Laut Verfassung sind Sie Oberbefehlshaber. Würde das Militär Ihrem Befehl folgen?

Gül: Daran habe ich keinen Zweifel. Nach unserer Verfassung bin ich der Oberkommandierende der türkischen Armee. Natürlich gibt es in jeder großen Institution Teile, die man kritisieren kann. Das ist eine Sache, aber abgesehen davon, bin ich sehr stolz auf unser Militär, und das ist ehrlich gemeint.

SZ: Es gibt seit ein, zwei Jahren zahlreiche Gerichtsverfahren gegen Generäle und hohe Offiziere, dies ist neu für die Türkei. Ändert sich die Bedeutung der einst mächtigen Armee, verliert sie ihre politische Rolle?

Gül: In unserem Demokratisierungsprozess wird auch die Rolle der einzelnen Institutionen überprüft. Die Beziehungen zwischen dem Militär und der zivilen Gesellschaft wurden neu definiert. Unser Nationaler Sicherheitsrat zum Beispiel hatte früher eine andere Struktur, heute aber ist er der zivilen Führung untergeordnet. Auch die Militärgerichte haben inzwischen eine andere Stellung.

SZ: Sie haben von den Grundrechten gesprochen. Was die Gleichberechtigung von Mann und Frau angeht, steht die Türkei sehr schlecht da. Im eben veröffentlichten

„Was die Zahl der Frauen in der Politik betrifft, da muss etwas verbessert werden.“

Global Gender Gap Index des Weltwirtschaftsforums erreicht sie unter 134 Ländern gerade mal den 126. Platz. Nur 26 Prozent der türkischen Arbeitnehmer sind demnach Frauen. Die AKP-Regierung hat zum Beispiel bislang keine einzige Gouverneurin ernannt.

Gül: Ich glaube nicht, dass diese globalen Untersuchungen die Wirklichkeit wiedergeben. Sehen Sie sich um, wir haben sehr aktive Frauen in der Wirtschaft, der Justiz, den Universitäten, im diplomatischen Dienst. Mancherorts stellen Frauen 50 Prozent der Belegschaft. Sie haben aber recht, was die Zahl der Frauen in der Politik betrifft. Da muss etwas verbessert werden, und das gilt nicht nur für die AKP, sondern auch für die Opposition.

SZ: Wie wär's mit einer Frauenquote?

Gül: In der jüngsten Verfassungsreform haben wir erstmals die positive Diskriminierung für Frauen vorgesehen.

SZ: Sie wollen Präsident Wulff auch Ihre Heimatstadt Kayseri zeigen. Warum?

Gül: Von unseren Gästen hören wir oft: Ja, wir waren in Istanbul und in Ankara, dort ist es gut, aber was ist mit dem Rest der Türkei? Kayseri liegt exakt in der Mitte unseres Landes. Wer die Stadt sieht, der hat ein vollständigeres Bild von Anatolien. Kayseri ist schließlich bekannt geworden für das, was eine deutsche Denkfabrik „islamischen Calvinismus“ genannt hat, also für seinen besonderen wirtschaftlichen Fleiß, für seinen Unternehmergeist. Und Kayseri ist eine sehr schöne Stadt. Ich bin stolz darauf.

SZ: Enden wird die Reise von Wulff aber doch in Istanbul, mit der Grundsteinlegung für die erste Deutsch-Türkische Universität, in der Studenten auf Deutsch unterrichtet werden sollen.

Gül: Die Universität war mir schon als Außenminister ein besonderes Anliegen.

SZ: Sollte es dann auch in Deutschland eine türkische Universität geben?

Gül: Warum? Die Kinder der einstigen Gastarbeiter sollen an deutschen Universitäten studieren. Das ist wichtig für ihren eigenen Erfolg. Aber die Universität am Bosphorus kann eine Brücke sein, die uns verbindet. Wir brauchen solche Projekte.

Interview: Christiane Schlötzer und Kai Strittmatter

Abdullah Gül

Der 1950 im zentralanatolischen Kayseri geborene Abdullah Gül ist ausgebildeter Ökonom. Er studierte unter anderem in London und Exeter, später arbeitete er für die Islamische Entwicklungsbank in Saudi-Arabien.

Seine politische Laufbahn begann er ebenso wie Premier Tayyip Erdogan als Zögling des islamistischen Politikers Necmettin Erbakan. 2001 sagten sich Gül und Erdogan von Erbakan los und gründeten gemeinsam die reformorientierte und wirtschaftsfreundliche AKP. In den AKP-Regierungen seit 2002 diente Gül erst als Premier, dann als Außenminister, sein größter Erfolg war 2005 die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Staatspräsident konnte Gül 2007 erst nach schweren Turbulenzen werden. Kemalistische und militärische Kreise führten eine wütende Kampagne gegen ihn: Sie wollten keinen Präsidenten mit einer Vergangenheit im politischen Islam und einer Ehefrau, die Kopftuch trägt. Das Militär drohte eine Weile gar, im Falle von Güls Wahl einzugreifen,

später boykottierten die Generäle Empfänger, bei denen Güls Frau Hayrünnisa anwesend war.

Mittlerweile hat sich Gül auf allen Seiten Respekt erworben. Mit seiner leisen Stimme und seiner ruhigen, nüchternen Art bildet er einen Gegenpol zum oft hitzköpfigen Premier Erdogan. Dabei mischt er sich anders als sein Amtsvorgänger auch als Präsident aktiv in die Politik ein – egal ob mit seiner historischen Reise ins Nachbarland Armenien, das er 2008 als erster türkischer Staatsführer besuchte, oder mit innenpolitischen Interventionen wie zuletzt zur Kurdenfrage oder zur Verfolgung von Journalisten durch die Justiz. Seine Rede zur Eröffnung des Parlaments vor zwei Wochen, in der er nachdrücklich mehr demokratische Freiheiten anmahnte, erhielt viel Applaus von liberaler Seite. Zum Interview in Ankara empfängt Gül im „Rosa Haus“, jenem Teil des Präsidentenpalastes, den sich Republikgründer Atatürk 1932 von dem österreichischen Architekten Clemens Holzmeister hatte bauen lassen. ttt